

Leitartikel
Titelseite

AFGHANISTAN

Letzte Chance für Karsai

Eigentlich dürfte Hamid Karsai als afghanischer Präsident nicht wiedergewählt werden. Seine Bilanz ist verheerend. Mauseleien und Korruption in der Regierung, blutiger Terror auf den Straßen, jede Menge Opium, aber keine Jobs im Land: Warum sollten die Afghanen ihn also im Amt bestätigen? Für Karsai spricht eigentlich nur sein Charisma - und der Mangel an wirklichen Alternativen.

Zieht Karsai wieder in den Präsidentenpalast ein, dann muss er sich vom Taktiker der Macht, dem ein Kompromiss mit den Stammesfürsten wichtiger ist als ein klares politisches Konzept, zum Manager des Aufbaus wandeln. Sonst versinkt Afghanistan immer tiefer im Chaos. Die Sicherheit des Landes darf Karsai nicht ausschließlich als militärische Aufgabe der Isaf begreifen. Sicherheit entsteht auch, wenn Jugendliche Bildung und Arbeit erhalten, wenn den Taliban der Nachschub frustrierter Männer entzogen wird, die vergebliche Hoffnungen auf einen wirtschaftlichen Neubeginn gesetzt haben, der seit der Vertreibung der radikalen Islamisten aus Kabul im Jahr 2001 aussteht.

Demokratie hat auch in einem Land, in dem Absprachen zwischen Clanführern Tradition haben, eine Chance. Aber sie muss von innen heraus entstehen. Gerade die Heranwachsenden wollen eine konkrete Perspektive, ein klares politisches Credo, einen Wettstreit der Ideen. Wenn Karsai ihnen über kurz oder lang keine Zukunft liefert, dann sind seine Führungstage gezählt. Afghanistan braucht jetzt eine Regierung, die auf Legitimität und Vertrauen setzen kann. Auf beides darf sich Karsai nur begrenzt berufen. Seine Wähler sammelt er durch dubiose Absprachen mit ehemaligen Warlords. Keine stabile Basis also für die fällige Wende in Kabul.

In den USA und Europa wächst der Unmut daher zu Recht. Der Westen weiß, dass er den Kampf gegen die Taliban militärisch nicht gewinnen kann. Alle Anstrengungen, Afghanistan vor dem Schicksal eines "failed state" zu bewahren und den Rückfall in eine islamistische Terror-Republik zu verhindern, stehen und fallen mit der Fähigkeit der Regierung in Kabul, jene Impulse zu setzen, die für den Aufbau des Landes notwendig sind. Finanzspritzen aus dem Ausland können ihr das Geschäft erleichtern, wenn das Geld nicht in dunklen Kanälen versickert. Aber solange kein vernünftiger Masterplan von Afghanen für Afghanistan entwickelt und umgesetzt wird, sind alle wohlmeinenden Anstrengungen vergeblich.

Die zunehmende Skepsis im Westen spielt den Taliban in die Hände. Sie kontrollieren trotz aller Bemühungen der Isaf bereits weite Teile des Landes. Je mehr es ihnen gelingt, in Deutschland oder anderen Nato-Staaten die Botschaft unterzubringen, dass ein militärisches Engagement am Hindukusch sinnlos ist, desto schneller gelangen sie zu ihrem Ziel. Deshalb gibt es keine Alternative für eine dauerhafte Präsenz der westlichen Soldaten.

Allerdings müssen vor allem die Amerikaner dem künftigen Präsidenten wesentlich stärker auf die Finger schauen, damit die afghanische Politik nicht so ineffizient bleibt wie bisher. Das birgt zwar ein gewisses Risiko, denn als Marionette Washingtons mag sich kein afghanischer Präsident präsentieren. Aber solange die afghanischen Institutionen so schwach sind und solange Recht und Ordnung so wenig gelten, führt daran leider kein Weg vorbei. Die Afghanen haben es in der Hand, daran etwas zu ändern.